

Umkehr ist immer noch möglich

geschrieben von Admin | 4. April 2024

Edgar L. Gärtner

Sind die Anhänger des gesunden Menschenverstandes („Klimaskeptiker“) dazu verurteilt, in der Wüste zu predigen? Diese fatalistische Haltung klingt meines Erachtens an im zweiten Teil der Abhandlung meiner Freunde Raimund Leistenschneider und Werner Eisenkopf. (Mit Werner Eisenkopf bin ich im Jahre 2007 in dessen SUV nach Hannover zur Gründung von EIKE gefahren.) Dabei ziehe ich deren Einschätzung Sarah Wagenknechts und der Partei BSW nicht in Frage. Ich finde aber den verallgemeinernden Ton bedenklich, in dem sie ihre Skepsis formulieren: *„Soll eine Zelle/Zellverbund z.B. eine Neigungshaltung ausführen, so müssen die Zellen dazu veranlasst werden, ihren Zustand zu ändern. Dies machen die Zellen nur dann, wenn sich ihre interne „Mixtur“ (Zellproteine) verändert oder sie Signale von außen erhalten, die aber auch (in anderen Zellen) letztendlich über Genomabschriften entstehen. Zellproteine werden durch Abschriften eines bestimmten Abschnittes im Genom (Gen genannt) erzeugt. Dabei bestimmen Steuerungssequenzen und Botenstoffe die Abschrift. Haben sich die (plastischen) Steuerungssequenzen für die Gene (ein Gen selbst ändert sich frühestens in einem Zeitraum von etwa 10.000 Jahren), die Steuerungssequenzen also, die darüber entscheiden, welche Gene für Zellproteine und in welcher Häufigkeit generiert werden und damit das Verhalten der Zellen/Neuronen bestimmen, nicht verändert, dann hat sich die Person (Alterungsprozesse nicht berücksichtigt), in ihrem Verhalten, Denken, Weltanschauung,... **nicht** verändert und ist **immer noch ein und dieselbe Person** wie z.B. vor 30- oder 40 Jahren...“*

Hier wird das „Ich“ politischer Führungspersönlichkeiten ausschließlich molekularbiologisch erfasst. Die „Selbsttranszendenz“ im Sinne des späten Freud-Schülers Viktor Frankl, der es geschafft hat, als Jude Hitlers KZs geistig gesund zu überstehen, wird ausgeblendet. Frankl schrieb: *„Der grundlegende anthropologische Tatbestand, dass Menschsein immer über sich selbst hinaus auf etwas verweist, das nicht wieder es selbst ist – auf etwas oder auf jemanden: auf einen Sinn. Und nur in dem Maße, in dem der Mensch solcherart sich selbst transzendiert, verwirklicht er auch sich selbst: im Dienst an einer Sache. Ganz er selbst wird er, wo er sich selbst übersieht und vergisst.“* (zit. n. Raphael M. Bonelli: Die Weisheit des Herzens, 2023)

Der Dominikaner Thomas von Aquin, einer der größten Philosophen aller Zeit, sagte: *„Dem Weisen ist es eigen, zu ordnen.“* In der Tat ist Ordnung mehr als das halbe Leben. Selbst um den Status quo aufrecht zu erhalten, muss immer gezielt Energie gegen die universelle Tendenz der Entropiezunahme aufgewandt werden. Nach der Einführung der grundlegenden physikalischen Größe Entropie durch den deutschen Physiker Rudolf Clausius im Jahre 1865 betonte der französische Gewaltheoretiker Georges

Sorel (1847-1922) : *“Die Bewegungen gegen die Größe hin sind immer erzwungen, und die Bewegungen dem Verfall zu sind stets natürlich.”* (zit. n. Bruno Bandulet: Rückkehr nach Beuteland, 2023, S. 9) Deshalb ist es fraglich, ob man die Ordnung eines Gemeinwesens auf individuelle Rechte statt auf Pflichten bauen kann, wie das die amerikanische und die französische Revolution versuchten.

Beide Revolutionen samt den Proklamationen der Menschenrechte widersprechen dem Ordnungsruf Thomas von Aquins, wonach wir Menschen die Welt zwar im Detail erkennen, die Welt als Ganzes aber nicht verstehen können. Ordnung machen bedeutet für Thomas von Aquin in erster Linie zu unterscheiden zwischen Prozessen, die wir gezielt beeinflussen können, und Prozessen, die sich unserem Willen entziehen. Es bedurfte einer wirklich mutigen und unabhängigen Stimme, um den republikanischen (= gnostischen) Illusionen entgegenzutreten.

Simone Weil, jene hochintelligente, klassisch gebildete französische Philosophin jüdischer Herkunft, die zur republikanischen Widerstandskämpferin und christlichen Mystikerin wurde, ist in ihrem im britischen Exil geschriebenen und 1949 posthum von Albert Camus veröffentlichten Werk „L’enracinement“ (Die Verwurzelung) kategorisch: Rechte gibt es nur, soweit ihnen Verpflichtungen, Obligationen gegenüberstehen. Das Primat kommt also nicht den Rechten, sondern den Pflichten zu. Es gibt deshalb keine allgemeinen Menschenrechte, sondern nur Pflichten gegenüber Gott, sich selbst und gegenüber den Mitmenschen.

Als Angehörige der Widerstandsbewegung um General Charles de Gaulle ging es Simone Weil vor allem um die Wiederaufrichtung der französischen Nation nach dem selbst verschuldeten Debakel von 1940. Dennoch bleibt dieses Buch eine Fundgrube für all jene, die nach Alternativen zur festgefahrenen Politik des Parteien-Kartells suchen. Weil setzt sich darin sogar schon mit dem Problem der Zähigkeit des „deep state“ auseinander, lange bevor dieser Begriff aufkam. Simone Weil hatte bereits an anderer Stelle gezeigt, dass die Bibel eigentlich kein theologisches, sondern ein anthropologisches Werk ist. Denn wir erfahren darin so gut wie nichts über Gottvater, dafür im Neuen Testament umso mehr über das vorbildliche Leben und Sterben des Gottmenschen Jesus Christus und über die Schwächen der irdischen Menschen. Im Alten Testament spricht Gottvater zu den Juden (und zu uns) durch die Verkündigung der Zehn Gebote am Berg Horeb. Von Rechten ist darin nicht die Rede, sondern nur von Verboten und Pflichten. Bis vor etwa einem Jahrzehnt glaubte ich noch, die Menschen hätten, dem liberalen Credo entsprechend, durch Versuch und Irrtum allmählich auch selbst darauf kommen können. Das glaube ich heute nicht mehr.

Gesellschaftliche Selbstorganisation, Marktwirtschaft als Entdeckungsverfahren im Hayekschen Sinn führt meines Erachtens nur dann zu vernünftigen Ergebnissen, wenn dieser Prozess auf vernünftigen Regeln (Geboten und Verboten) fußt. Das siebte Gebot „Du sollst nicht stehlen!“ schließt zum Beispiel alle Formen des Wirtschaftens aus, die auf Raub

oder Diebstahl fremden Eigentums beruhen. Wer den Dekalog ernstnimmt, landet folgerichtig bei der auf freiwilligem Tausch beruhenden kapitalistischen Marktwirtschaft und nicht beim Sozialismus in welcher Form auch immer. Eine auf Dauer angelegte Ordnung – sei es in der außermenschlichen Natur oder im Zusammenleben der Menschen – kann nicht durch Zufall entstehen. Es bedarf hierzu des Anstoßes durch die richtige Information, den λόγος im Sinne des Johannes-Evangeliums, wobei λόγος eine Relation bezeichnet. Erst durch die Anerkennung des Tötungs-, Diebstahls- und Neid-Verbots verlassen die Menschen das barbarische beziehungsweise kannibalische Stadium der Kulturentwicklung. So sieht das auch Simone Weil und beginnt ihren Katalog der Menschenpflichten mit dem Bedürfnis nach Ordnung. Erst an zweiter Stelle kommt die Freiheit, die sie als Grundnahrung der menschlichen Seele bezeichnet.

„Der Mensch (...) hat mit dem Neokortex das Potenzial zur Selbstprägung bekommen, das Potenzial, in sich Ordnung zu verwirklichen – oder eben nicht. Sein Herz kann, ist der Wille richtig ausgerichtet, Bauch und Kopf veredeln. Darin besteht die Freiheit des Menschen“, folgert Raphael M. Bonelli in seinem neuen Bestseller „Die Weisheit des Herzens. Wie wir werden, was wir sein wollen“ aus den Forschungen des US-amerikanischen Psychiaters und Genetikers Robert Cloninger. Als leuchtendes Beispiel für eine willentliche Umkehr (Metanoia) zitiert Bonelli die von Steven Spielberg verfilmte Geschichte des Unternehmers Oskar Schindler, der sich in kurzer Zeit vom Profiteur der Judenvernichtung zum Retter Tausender von Juden wandelte.

Die Metanoia ist allerdings nicht planbar. Nichts ließ erahnen, dass Oskar Schindler zum Helden werden würde. Doch man sollte die Möglichkeit einer solchen individuellen Umkehr nie ausschließen. Andernfalls hätte der geduldige Kampf des Europäischen Instituts für Klima und Energie für die Wahrheit keinen Sinn.

Die Stromversorgung wird immer unsicherer

geschrieben von Admin | 4. April 2024

Das Abschalten der Braunkohlekraftwerke zwischen Köln und Aachen verteuert den Strom weiter und führt zu Versorgungslücken. Stromausfälle rücken näher.

von Prof. Dr. Ing. Hans-Günter Appel
Pressesprecher NAEB e.V. Stromverbraucherschutz

Die Rheinisch-Westfälischen-Elektrizitätswerke (RWE) haben über viele Jahrzehnte mit ihren Kraftwerken sicher und preiswert das Ruhrgebiet und größere Teile von Deutschland mit Strom versorgt. Energieträger war vor Ort gewonnene Braun- und Steinkohle. Mit dem Auslaufen der unrentablen Steinkohleförderung (Erdöl und Importkohle wurden viel preiswerter) wurden die Steinkohlekraftwerke zunächst mit Importkohle weiter betrieben. Die Energiewende, die CO₂-Emissionen verteuert und mit teuren CO₂-Zertifikaten die Stromerzeugung aus Kohle verteuert, verringerte die Rentabilität. So wurden die Steinkohlekraftwerke vorwiegend an einen tschechischen Investor verkauft und massiv in Windstromanlagen weltweit investiert. Damit konnte man sich auch als ergrünendes Energieunternehmen brüsten. Die Braunkohlekraftwerke, die den günstigsten Strom erzeugen, blieben bis heute bei RWE.

Gesicherte Leistung fehlt

Nun soll ein Teil der Braunkohlekraftwerke stillgelegt werden, wie es im Kohleausstiegsgesetz gefordert wird. Dazu gehören auch Kraftwerksblöcke, die als Notreserve in den letzten Jahren zur Stabilisierung des Stromnetzes wieder angefahren wurden. Für ein stabiles Netz wird 45 Prozent installierte Leistung aus Kraftwerken gebraucht. Die Kraftwerke können im energetisch ungünstigen Teillastbereich laufen, wenn über 55 Prozent Wind- und Solarstrom (Fakepower) eingespeist wird. Wichtig ist die Momentan-Reserve, die als Rotationsenergie in den großen Massen der Turbinen und Generatoren gespeichert ist. Sie bremst Netzschwankungen, bis Regelkraftwerke einspringen.

Die Netzleistung schwankt zwischen 50 und 75 Gigawatt (GW). Mit der Abschaltung von mehr als 3 GW sicherer Leistung fehlen dann 9 Prozent zum Ausgleich des schwankenden und nicht regelbaren Wind- und Solarstroms.

RWE verdient an „erneuerbaren Energien“ zweimal

Laut Presseberichten über die Jahreshauptversammlung hat RWE im letzten Jahr den Gewinn deutlich erhöht. Nach Angaben des Vorstandsvorsitzenden, Markus Krebber, hat dazu die Stromerzeugung aus Braunkohle nur wenig beigetragen. Die Gewinne würden im Wesentlichen aus den „erneuerbaren Energien“ und der Stromverteilung an die Kunden gespeist. Im Klartext dürfte das heißen: RWE verdient zweimal. Zunächst an den lukrativen Einspeisevergütungen aus den Fakepower-Anlagen, die vom Steuerzahler nach dem Erneuerbaren-Energien-Gesetz (EEG) subventioniert werden, dann aus den Rückkauf des eingespeisten Stroms über die Börse zu viel geringeren Preisen. Bei Starkwind und Sonnenschein gibt es den Strom oft umsonst. Letztes Jahr wurde sogar über mehr als 300 Stunden die Abnahme des Überschussstroms noch vergütet (negative Börsenpreise).

Teure Netze

RWE braucht sich um die Netzstabilität nicht mehr zu sorgen. Die Aufgabe haben die 4 Übertragungsnetzbetreiber 50Hertz für Ostdeutschland, Amprion für das erweiterte Ruhrgebiet, Tennet für die Mitte Deutschlands von der See bis nach Bayern und TransnetBW für Baden Württemberg bekommen. Die Netzbetreiber sind zuständig für die Vergütung der Fakepower-Einspeisung und für die Netzstabilität. Sie haben Zugriff auf die Kohle- und Gaskraftwerke zum Regeln der Netzleistung auf den Bedarf. Seit Beginn der Energiewende sind die Regelkosten von 100 Millionen im Jahr auf 4.200 Millionen Euro gestiegen. Für jeden Einwohner sind das über 50 Euro Mehrkosten im Jahr. Mit der Abschaltung der Kohlekraftwerke steht immer weniger Regelleistung zur Verfügung, die immer mehr schwankende Fakepower im Netz stabilisieren soll. Das muss schiefgehen.

Bundesrechnungshof wird ignoriert

Der Bundesrechnungshof hat diese Entwicklung, die zum Zusammenbruch des Stromnetzes führen muss, vor wenigen Wochen scharf kritisiert. Doch das stört den zuständigen Wirtschafts- und Klimaminister Robert Habeck nicht. Er bejubelt die Reduktion der CO₂-Emissionen durch den Niedergang der deutschen Industrie als Erfolg seiner Politik. Gestützt wird er von dem Präsidenten der Bundesnetzagentur, Klaus Müller, und den Vorstandsvorsitzenden von RWE und E-on, die bei Bedarf sichere Leistung aus dem Ausland importieren wollen.

Deutschland wird noch mehr erpressbar

Das Abschalten der mit heimischer Braunkohle betriebenen Kraftwerke in West und Ost macht Deutschland voll abhängig von importierten fossilen Brennstoffen und damit beliebig erpressbar. Die Deindustrialisierung wird beschleunigt. Stromimporte mit gesicherter Leistung aus den Nachbarländern werden unsicherer, weil auch die EU die fossilen Brennstoffe verdammt. Der weitere Ausbau von Fakepower-Anlagen lässt die Stromkosten steigen und schwächt das Stromnetz bis zum Zusammenbruch. Trotz Warnung des Bundesrechnungshofes wollen alle Bundestagsparteien (bis auf die AfD) die Energiewende zur Weltklimarettung weiter treiben. Muss erst ein tagelanger Blackout die Politiker zu der Einsicht bringen, dass wir noch Jahrzehnte auf die fossilen Brennstoffe angewiesen sind?

Die heimischen Braunkohlekraftwerke müssen ausgebaut und nicht stillgelegt werden. Die Steinkohlekraftwerke müssen als preiswerte Stromerzeuger mit gesicherter Leistung weiter betrieben werden. Kohle ist weltweit in großen Mengen verfügbar. Die Erpressbarkeit verringert sich. Und Kohle kann problemlos im Freien auf Halde gelagert werden. Ist das den Politikern nicht bekannt?

Fakten schlagen Ideologie: Die große Erzählung der Medien über die „grüne Energiewende“ löst sich auf

geschrieben von Andreas Demmig | 4. April 2024

Stopthesethings

Der „grüne“ Neomarxist liebt seine umfassende Ideologie, und fast nichts ist besser als der Mythos, dass wir alle bald nur noch von Sonnenschein und Wind profitieren werden. Die „Gefühle“ eines Menschen zu einem Thema haben immer Vorrang vor lästigen Regeln wie den Gesetzen der Physik oder gar der Wirtschaft.

Der Gasalarm – Warum hält die Regierung daran fest?

geschrieben von Admin | 4. April 2024

Am 23. Juni 2022 gab es den Gasalarm. Grund waren die Befürchtungen vor einer drohenden Gasmangellage. Die Gefahr ist zunächst gebannt. Den Alarm gibt es weiter.

Von **Frank Hennig**

Unter großer medialer Beachtung wurde im vergangenen Sommer der Gasalarm ausgerufen. Nicht der ganz große, der Notfall, sondern die im „Notfallplan Gas für die Bundesrepublik Deutschland“ (basierend auf der Verordnung (EU) 2017/1938 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2017 über Maßnahmen zur Gewährleistung der sicheren Gasversorgung und zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 994/2010) festgelegte Stufe b:

„b) Alarmstufe: Es liegt eine Störung der Gasversorgung oder eine außergewöhnlich hohe Nachfrage nach Gas vor, die zu einer

erheblichen Verschlechterung der Gasversorgungslage führt, der Markt ist aber noch in der Lage, diese Störung oder Nachfrage zu bewältigen, ohne dass nicht marktbasierende Maßnahmen ergriffen werden müssen.“

Damals waren die Speicher nur zu 58 Prozent gefüllt, wann LNG-Terminals fertig sein würden und ob dann Tanker anlegen würden, wusste zu dieser Zeit niemand. Auch nicht, ob das Sparverhalten der Bevölkerung den Forderungen entspricht und ob die Industrie voll weiter produziert oder eher runterfährt. Auch das Wetter im jetzigen Winter war unbekannt, trotz behaupteter Erderhitzung hielt man Frost für möglich. Der Weihnachtswünsche des Klimaministers Habeck gab es eigentlich nur zwei: eine sparsame Bevölkerung und mildes Wetter.

Damals und heute

Beides ist nun, mehr oder weniger, eingetreten. Und natürlich war die Regierung nicht untätig. Viele Flugmeilen der Regierungsstaffel führten nach Katar, Kanada und Namibia, um nur einige Stationen zu nennen. Dort gab es den Kotau vor den Repräsentanten möglicher künftiger Lieferländer für verflüssigtes Erdgas (LNG) und noch künftigerer Lieferungen von grünem Wasserstoff.

Die Erkenntnis nebenbei ist, dass die Frackingtechnologie im Ausland vertretbar und akzeptabel ist, in Deutschland aber nicht. Ebenso spielte die Tatsache keine Rolle, dass die Emissionen des LNG insgesamt das Niveau der deutschen Kohle erreichen. Das weiß sogar ein Grüner wie der klimavorreitende ehemalige Bundestagsabgeordnete Hans-Josef Fell.

Weiterhin gab es ein Ersatzkraftwerkebereithaltungsgesetz (EKBG), es wurden Kraftwerke aus der Sicherheitsbereitschaft (Braunkohle) und solche, die bereits den Zuschlag zur Stilllegung bekommen hatten (Steinkohle), wieder aktiviert. Nie gekannte Strompreise am Markt machten den Aufwand der Unternehmen zur Reaktivierung lässig wett.

Eine dreieinhalbmonatige Laufzeitverlängerung der letzten drei verbliebenen Kernkraftwerke (KKW) blieb einem Machtwörtchen des Kanzlers vorbehalten. Dieses war sorgsam mit der grünen Führung austariert hinsichtlich der Frage, was man der grasfarbenen Basis und den Altkommunisten unter den Funktionären zumuten kann.

Die Verstaatlichung des Gaskonzerns Uniper ist vollzogen (in Finnland knallten die Champagnerkorken), er wird jetzt mit Steuergeld zwangsbeatmet ob seiner immensen Verluste, liefert aber weiter Gas.

Die Industrie fuhr aus wirtschaftlichen Gründen die Produktion teilweise zurück, die Bevölkerung sparte heftig, weniger aus Folgsamkeit, sondern durch den immensen Preisdruck. Die Drohung der Gasumlage drehte sich

über Nacht um 180 Grad zur Gaspreisbremse. Dann kam ein milder Herbst und von Weihnachten bis mindestens Mitte Januar mildes und windiges Wetter.

Die Gasspeicher sind nun immer noch zu über 90 Prozent gefüllt, zwei LNG-Terminals sind in Betrieb und vor Westeuropa stauen sich die LNG-Tanker. Der Gaspreis hat fast das Vorkriegsniveau wieder erreicht. Es gibt derzeit keinen Mangel an Gas, die Versorgungslage ist nicht gestört, sondern entgegen den Erwartungen außerordentlich entspannt.

Die nicht gestellte Frage

Den Gasalarm gibt es immer noch. Warum? Und warum stellt niemand diese Frage? Weder die anderen Ampelparteien noch die Opposition haken nach. Die Medien auch nicht, obwohl sie doch die kritische Begleitung sein sollen. Hier wird deutlich, warum es bei uns kein „Miniwahr“ zu geben braucht. Wir erinnern uns an das „Ministerium für Wahrheit“ aus Orwells „1984“, in dem Geschichte umgeschrieben wurde, damit sie zur Gegenwart passt. Die ach so investigativen Journalisten der „Qualitätsmedien“ vergessen einfach die Geschichte, selbst die von vor einem halben Jahr und fragen nicht nach. Es könnte die Bevölkerung verunsichern. Es könnte die Regierung verunsichern. Noch schlimmer: Es könnte das Vertrauensverhältnis der Medien zur Regierung verunsichern.

Das Festhalten am Gasalarm könnte symptomatisch sein für eine überforderte Bundesregierung, die ihre eigenen und die EUSpielregeln nicht mehr überblickt. Es könnte auch Absicht sein, denn wem nutzt es?

Der Paragraph 31k des Bundesimmissionsschutzgesetzes (BImSchG) enthält eine Klausel, die im Falle dieser ausgerufenen Notfallstufe festgelegte Einschränkungen des Betriebs von Windkraftanlagen aufhebt. So kann die Abschaltung zu Nachtzeiten oder zur Vermeidung von Schattenwurf entfallen. Mit Aufheben der Alarmstufe würde der Normalbetrieb nach Genehmigungsbescheid wieder einsetzen, Produktion und Gewinn würden wieder sinken. Da die energiepolitischen Entscheidungen der vergangenen Jahre immer im Sinne der Erneuerbaren-Branche erfolgten, würde dies das Festhalten am Gasalarm zwecks Gewinnsteigerung der Windkraftbetreiber erklären.

Idealerweise Krieg

An anderer Stelle sind die Grünen deutlich flexibler. Auch wenn eine Kohlekommission über zwei Jahre tagte und sie ein Ausstiegsgesetz mit Zieltermin 2038 beschlossen, hat das nicht viel zu bedeuten. Keine drei Jahre nach dem Beschluss wird kräftig dagegen angearbeitet. Die Klausel im Koalitionsvertrag, wonach ein Kohleausstieg „idealerweise“ auf 2030 vorgezogen werden kann, wird nun mit Verve verfolgt.

Fassen wir die gerade herrschenden Bedingungen zusammen: Es gibt eine Gasmangellage, jedenfalls den Alarm, es ist Krieg in Europa – das größte Land hat das zweitgrößte überfallen –, wir haben eine latente Strommangellage, erkennbar an noch nie gesehenen Börsenpreisen, es herrscht Inflation und der Atomausstieg geht weiter. Der im Kohleausstiegsgesetz vorgeschriebene Zwischenbericht zum Stand des Kohleausstiegs ist überfällig, man hat entweder keinen Überblick oder will die Rückschritte beim Kohleausstieg nicht eingestehen. Aus grüner Sicht sind die Bedingungen aber so „ideal“, dass man den Kohleausstieg nun auf 2030 vorziehen könne.

Wenn dann schon ein Kompromiss entsteht, wie im Fall Lützerath, wird auch das instrumentalisiert. NRW-Umweltminister Krischer fordert im *Deutschlandfunk* die gewalttätige Basis zum Marsch in die Lausitz auf, um dort den Braunkohleausstieg „vorzuziehen“. Was kümmert mich mein Gesetz von gestern?

Auch hier gibt es kaum Echo. Die drei Ministerpräsidenten der Ost-Kohleländer und einige Landräte wiesen das Vorziehen des Termins zurück. Von ihren Parteien, den Gewerkschaften und Medien gibt es nichts als dröhnendes Schweigen zu der offen versuchten Aushebelung eines lange beratenen Gesetzes. Wie in NRW soll die Kohle eher raus, ohne das dazugehörige Strukturstärkungsgesetz, das den Ausstieg wirtschaftlich und sozial begleitet, zu ändern. Das Land wird nicht bedroht von den Grünen, sondern von jenen, die ihre Politik zulassen.

Die Folgerung aus der bigotten grünen Politik kann nur lauten, ihren Zusagen und selbst Unterschriften nicht zu trauen. Kompromisse mit ihnen sind wertlos. Sie maßen sich an, „fürs Klima“ alle anderen Regelungen über den Haufen werfen zu können und sich wie ihr militantes Fußvolk nicht an bestehende Gesetze und Regelungen halten zu müssen. „Dem Klima“ helfen Gasalarm und LNG wie auch die Grünen nicht – im Gegenteil.

Leben außerhalb der Nische

geschrieben von Chris Frey | 4. April 2024

[Willis Eschenbach](#)

Ich bin über eine [Studie](#) mit dem Titel „Future of the human climate niche“ gestolpert, veröffentlicht in den Proceedings of the National Academy of Sciences. In der Zusammenfassung heißt es (Hervorhebung von mir [Eschenbach]):

Zusammenfassung

Alle Arten haben eine ökologische Nische, und trotz des technologischen Fortschritts ist der Mensch wahrscheinlich keine Ausnahme. **Hier zeigen wir, dass sich menschliche Populationen seit Jahrtausenden im gleichen schmalen Teil der auf dem Globus verfügbaren Klimahülle aufhalten, der durch einen Hauptmodus um ~ 11 °C bis 15 °C mittlere Jahrestemperatur (MAT) gekennzeichnet ist.**

Ein Beleg für die grundlegende Natur dieser Temperaturnische ist, dass das derzeitige Anbau- und Nutztieraufkommen weitgehend auf die gleichen Bedingungen beschränkt ist und dass das gleiche Optimum für die landwirtschaftliche und nichtlandwirtschaftliche Wirtschaftsleistung der Länder durch Analysen der jährlichen Schwankungen ermittelt worden ist.

Wir zeigen, dass sich die geografische Position dieser Temperaturnische in einem Business-as-usual-Szenario des Klimawandels in den kommenden 50 Jahren voraussichtlich stärker verschieben wird, als dies seit 6000 v. Chr. der Fall war. Die Populationen werden nicht einfach dem sich verändernden Klima folgen, da die Anpassung an Ort und Stelle einige der Herausforderungen bewältigen kann und viele andere Faktoren die Entscheidung zur Migration beeinflussen.

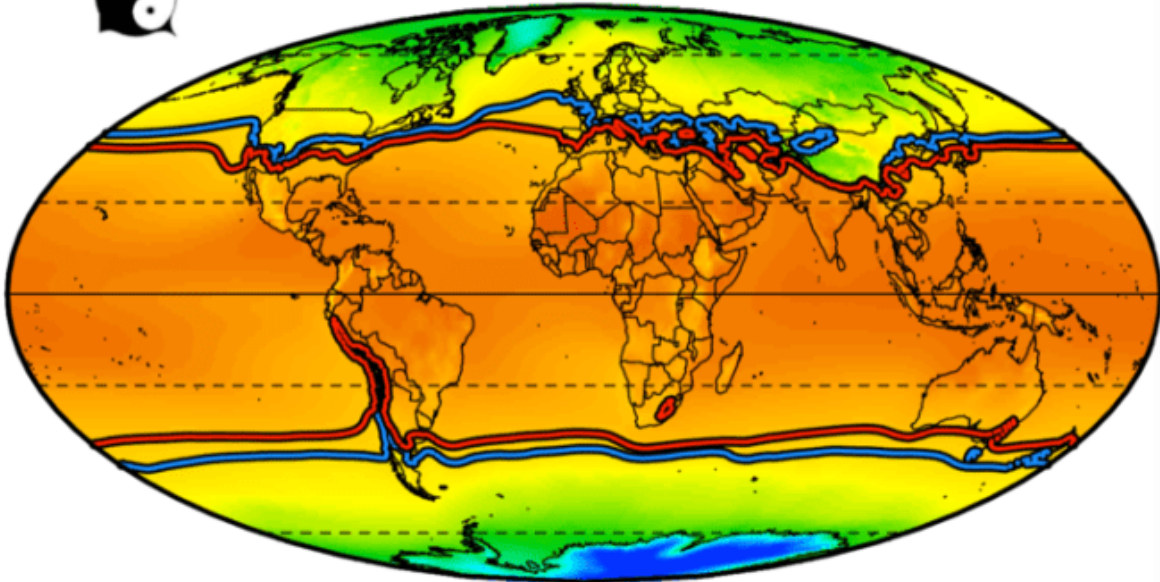
Nichtsdestotrotz wird ein Drittel der Weltbevölkerung ohne Migration voraussichtlich eine MAT von mehr als 29 °C erleben, die derzeit nur auf $0,8$ % der Landoberfläche der Erde zu finden ist und sich hauptsächlich in der Sahara konzentriert. Da die potenziell am stärksten betroffenen Regionen zu den ärmsten der Welt gehören, in denen die Anpassungsfähigkeit gering ist, sollte die Förderung der menschlichen Entwicklung in diesen Gebieten neben dem Klimaschutz eine Priorität sein.

Nun, das erschien mir irgendwie vernünftig. Schließlich klingt eine mittlere Durchschnittstemperatur (MAT) zwischen 11 °C und 15 °C angenehm, und ich stellte mir vor, dass es sich um eine ziemlich breite Zone handeln würde. Und die Menschen neigen dazu, dorthin zu gehen, wo es angenehm ist.

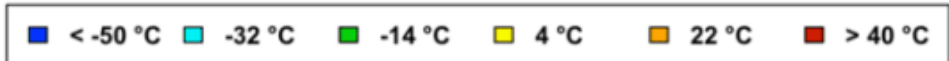
Also beschloss ich, grafisch darzustellen, wie sich das rund um den Globus auswirkt ... hier ist das Ergebnis. Die obere Grafik zeigt den gesamten Planeten, die untere zeigt nur das Festland:

The Human Climate Niche
Berkeley Earth Temperature Data
Blue line is 11°C, Red line is 15°C

Avg Globe: 14.2 NH: 15.2 SH: 13.2 Trop: 25.5 Arc: -10.6 Ant: -25.8
Land: 8.4 Ocean: 16.4 Trop Land: 25 Trop Ocean: 25.6 °C



DATA: http://berkeleyearth.lbl.gov/auto/Global/Gridded/Land_and_Ocean_LatLong1.nc



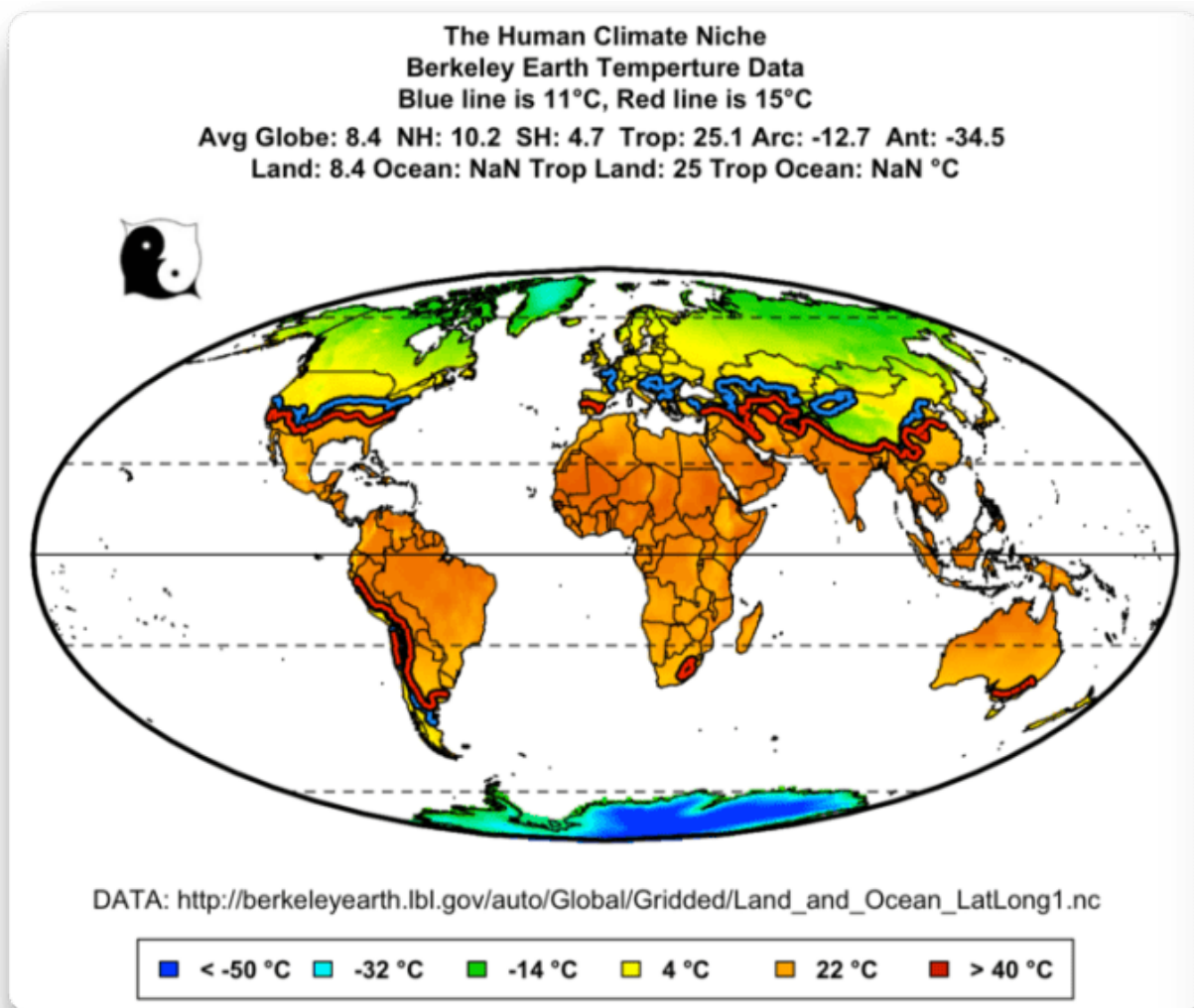


Abbildung 1. Die „menschliche Klimanische“ liegt zwischen 11°C (blaue Linie) und 15°C (rote Linie). Berkeley Earth-Daten

Als in der Zusammenfassung von einem „schmalen Teil der Klimahülle“ die Rede war, haben sie nicht gescherzt. Ein schmaler Streifen quer durch die USA, ein schmaler Streifen entlang der Anden, ein schmales Band von Europa nach China, ein winziger Teil von Afrika und Australien ...

Natürlich lautete meine erste Frage, ob das Problem bei meinen Daten lag. Also habe ich das Experiment mit den CERES-Daten wiederholt:

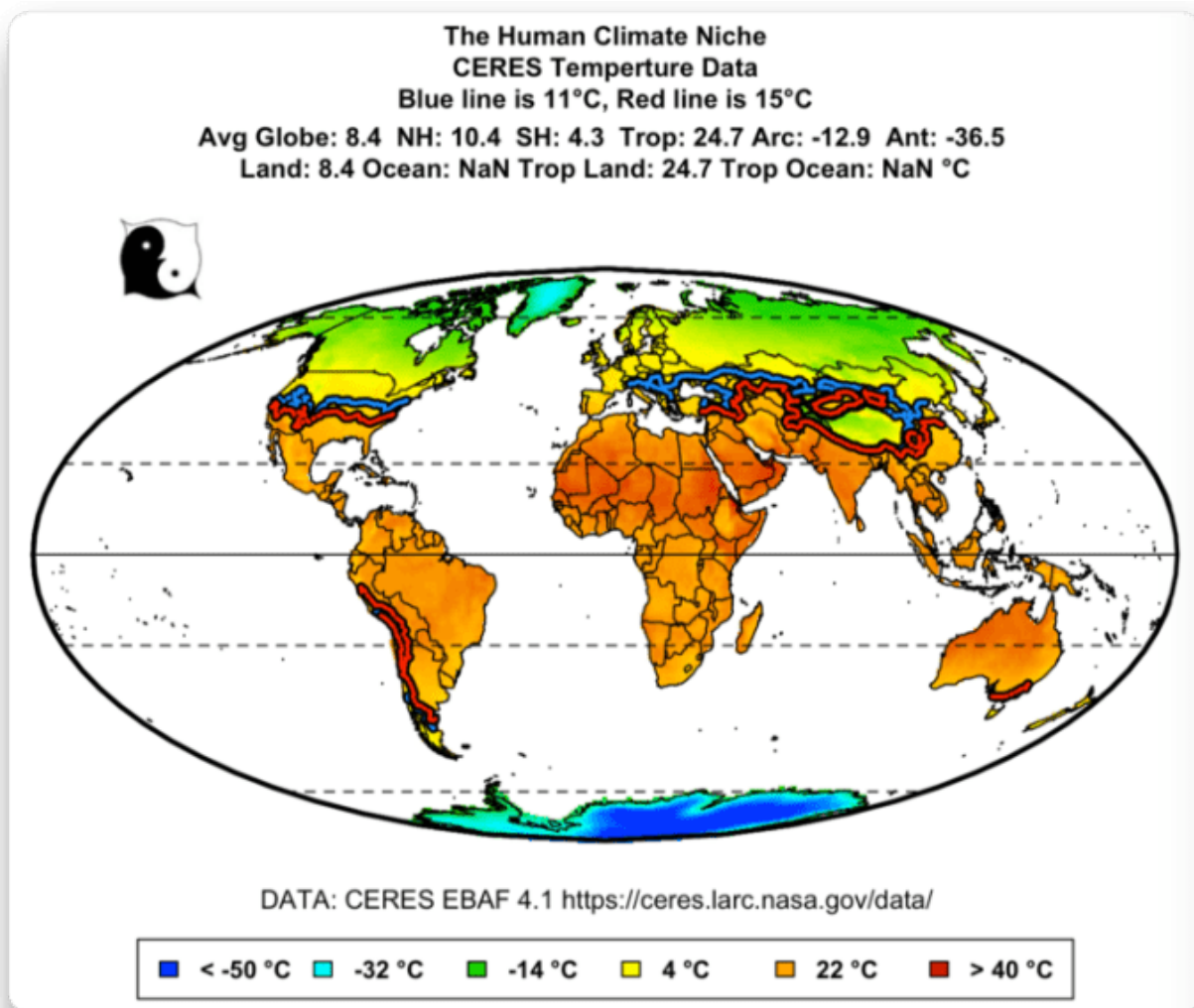


Abbildung 2. Die „menschliche Klimanische“ liegt zwischen 11°C (blaue Linie) und 15°C (rote Linie). CERES-Daten.

Nun, leichte Unterschiede, aber im Grunde das Gleiche.

Also dachte ich, vielleicht verwenden sie einen speziellen Datensatz. Also überprüfte ich die ergänzenden Informationen und fand heraus, dass sie einen Datensatz namens „WorldClim“ verwenden. Ich lud ihn herunter, verbrachte viel zu viel Zeit damit, herauszufinden, wie man eine „GeoTiff“-Datei in R importiert, und warf einen Blick darauf:

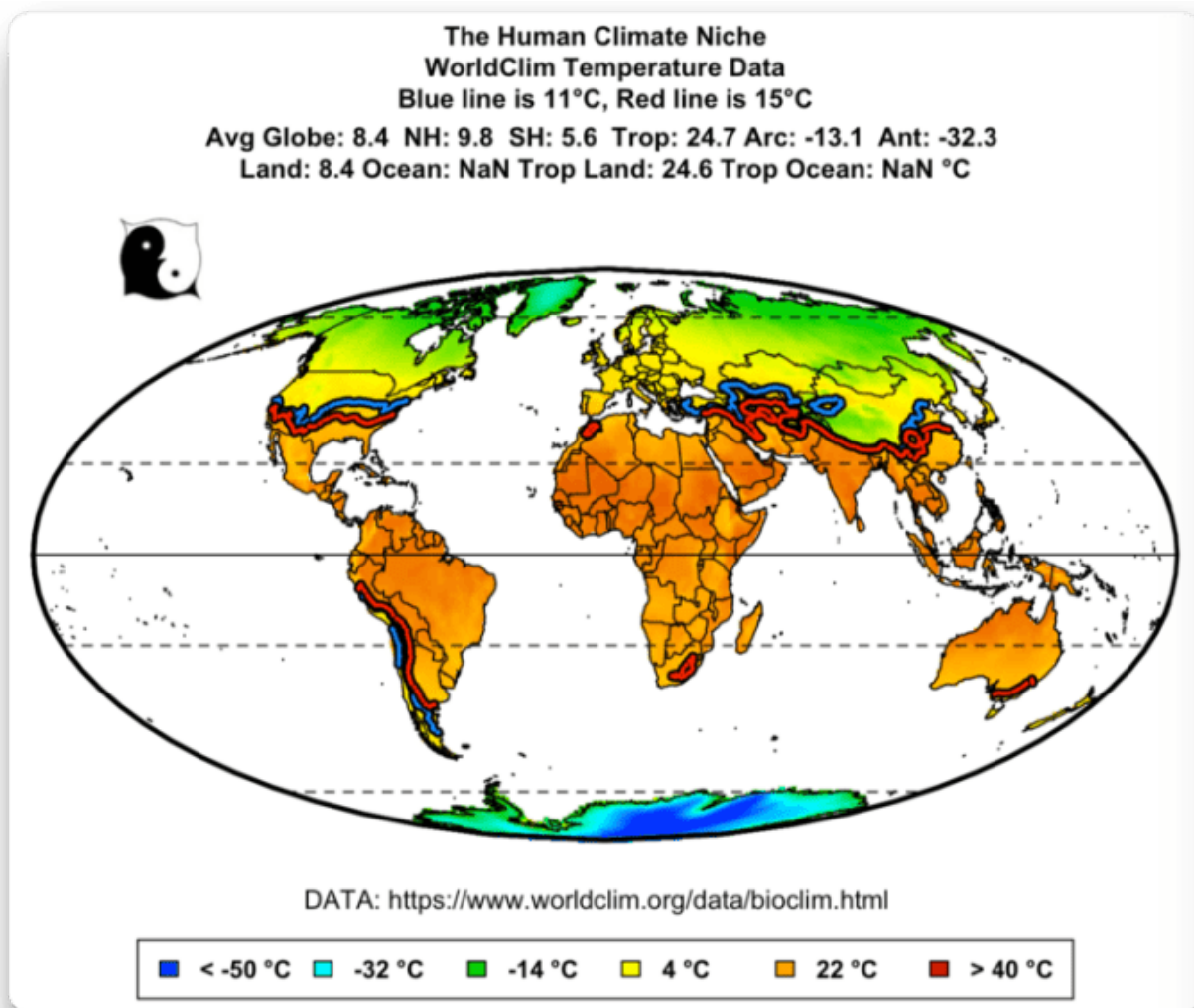


Abbildung 3. Die „menschliche Klimanische“ liegt zwischen 11°C (blaue Linie) und 15°C (rote Linie). WorldClim-Daten.

Und ... sie stimmen alle überein, innerhalb der üblichen Unterschiede in den Klimadatensätzen.

Als nächstes habe ich mir angesehen, wo die Menschen auf diesem wunderbaren Planeten leben. Hier ist das Diagramm. Ich habe die WorldClim-Linien für 11°C (weiß) und 15°C (gelb) in die Grafik eingefügt:

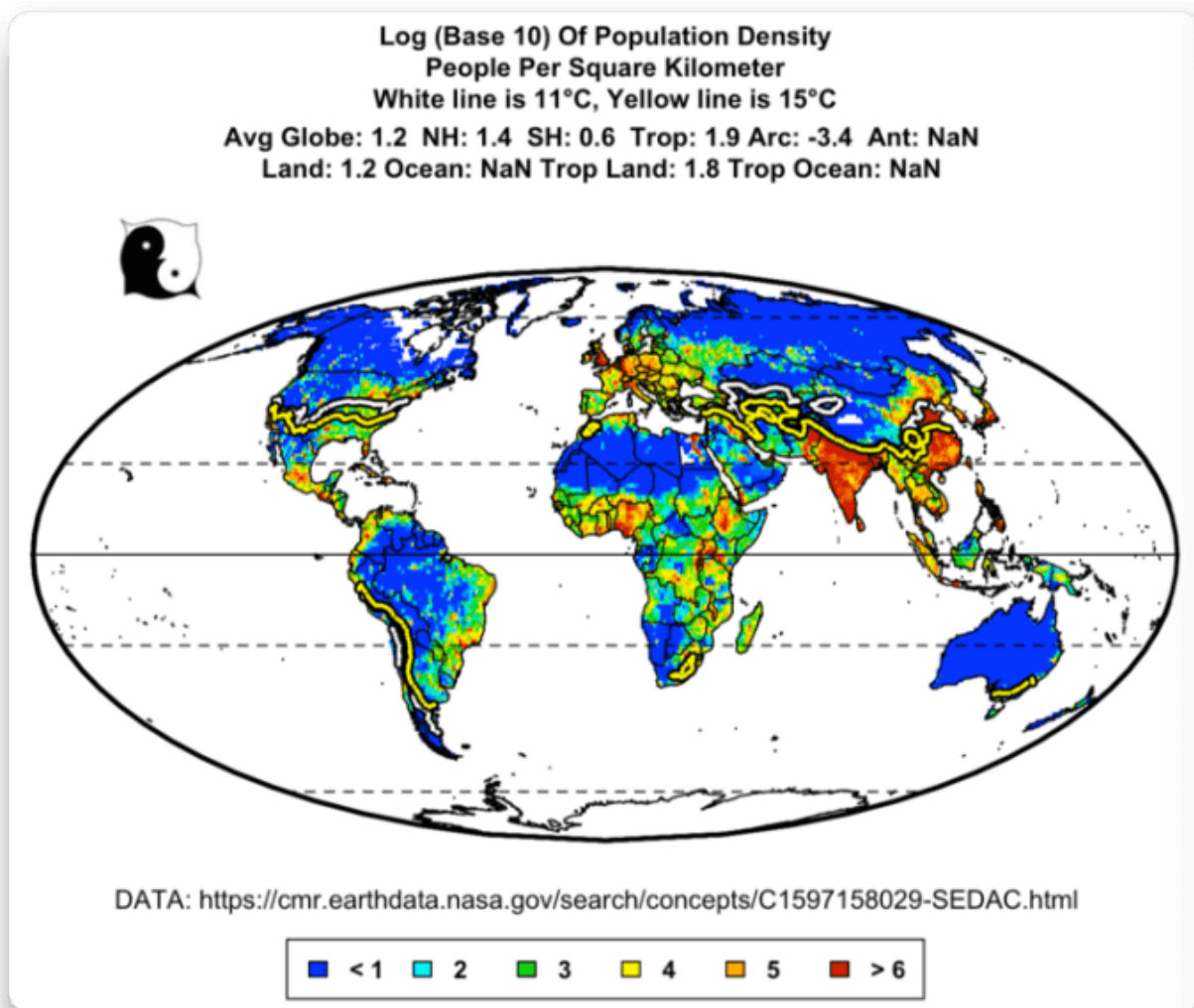


Abbildung 4. Logarithmus zur Basis 10 der Bevölkerungsdichte pro Quadratkilometer.

Wie Sie vielleicht schon erraten haben, befinden sich die größten Bevölkerungszentren in Indien und Ostchina. Weitere bevölkerte Gebiete sind Europa, das tropische Afrika, Südostasien, Ostbrasilien, Indonesien, Mexiko und der Osten der USA.

Und das Verrückte daran?

Keines dieser dicht besiedelten Zentren liegt innerhalb seiner „menschlichen Klimanische“ ... einige sind zu kalt, andere zu heiß. Das dicht besiedelte Indien hat eine durchschnittliche Jahrestemperatur von 27°. Kanada und Russland sind hoffnungslos. Und das kalte, neblige England? Verflixt und zugenäht!

Ich bin mir nicht sicher, ob ich noch viel mehr über diese Studie sagen kann ... habe ich einen kuriosen Fehler gemacht? Ich glaube nicht.

Link: <https://wattsupwiththat.com/2024/03/27/living-outside-the-niche/>

Übersetzt von Christian Freuer für das EIKE